

Verfahrensinformationen

Verfahren

Vergabenummer	90.5/2026/SanErwTHSW-LGESAMT/VOB-EU-oV
Bezeichnung	Sanierung und Erweiterung der Turnhalle Südwest; Los Gesamt
Art der Vergabe	Offenes Verfahren
Vergabeordnung	VOB/A
Art des Auftrags	Bauleistung
Gewerk	Alle übrigen Gewerke
Abschluss eines Zeitvertrages	Nein

Auftraggeber

Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle

Bezeichnung	Stadt Sangerhausen
Postanschrift	Markt 7a
PLZ	06526
Ort	Sangerhausen
Land	Deutschland
NUTS-Code	DEE0A
Nationale Identifikationsnummer	15087370-0000-77
Kontaktstelle	Zentrale Vergabestelle
Zu Händen von	Herr Christian Maximilian Lippert
Telefon	+49 3464565366
Fax	+49 3464565270
E-Mail	zentrale.vergabestelle@stadt.sangerhausen.de
Hauptadresse (URL)	http://www.sangerhausen.de/

Rechtsform des Beschaffers Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Kommunalebene

Haupttätigkeit Allgemeine öffentliche Verwaltung

Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind

[Entsprechend Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle](#)

Weitere Auskünfte erteilt

[Entsprechend Adresse der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle](#)

Stelle für Nachprüfungsverfahren / Vergabekammer (§ 156 GWB)

Bezeichnung	Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
Postanschrift	Ernst-Kamieth-Str. 2
PLZ	06112
Ort	Halle (Saale)
Land	Deutschland
NUTS-Code	DEE02
Nationale Identifikationsnummer	t:03455141536
Telefon	+49 3455141536
E-Mail	vergabekammer@lwa.sachsen-anhalt.de
Hauptadresse (URL)	https://lwa.sachsen-anhalt.de

Stelle für Schlichtungsverfahren / Vergabeprüfstelle

Bezeichnung	Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
Postanschrift	Ernst-Kamieth-Str. 2
PLZ	06112
Ort	Halle (Saale)
Land	Deutschland
NUTS-Code	DEE02
Nationale Identifikationsnummer	t:03455141536
Telefon	+49 3455141536
E-Mail	vergabekammer@lwa.sachsen-anhalt.de
Hauptadresse (URL)	https://lwa.sachsen-anhalt.de

Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind

Bezeichnung	Stadt Sangerhausen
Postanschrift	Markt 7a
PLZ	06526
Ort	Sangerhausen
Land	Deutschland
NUTS-Code	DEE0A
Nationale Identifikationsnummer	15087370-0000-77
Kontaktstelle	Zentrale Vergabestelle
Zu Händen von	Herr Christian Maximilian Lippert
Telefon	+49 3464565366
Fax	+49 3464565270
E-Mail	zentrale.vergabestelle@stadt.sangerhausen.de
Hauptadresse (URL)	http://www.sangerhausen.de/

Beschaffung mit mehreren Auftraggebern

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben. [Nein](#)

Die Leistung wird von einer zentralen Beschaffungsstelle erworben [Nein](#)

Der Auftrag betrifft eine gemeinsame Beschaffung. [Nein](#)

Auftragsgegenstand

Gegenstand

Beschaffungsübereinkommen (GPA) [Ja](#)

Gegenstand [Öffentlicher Auftrag](#)

Leistungsbeschreibung

Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens [Los Gesamt](#)

Beschreibung der Beschaffung (Art und Umfang der Bauarbeiten bzw. Angabe der Bedürfnisse und Anforderungen) [- Los 2 Bauhauptgewerk](#)
[- Los 3 Gerüstarbeiten](#)
[- Los 4 Dachdeckerarbeiten](#)
[- Los 5 Tischler_Metall-und Verglasungsarbeiten](#)
[- Los 6 Wärmedämmverbundsystem](#)
[- Los 7 Putzarbeiten](#)
[- Los 8 Estricharbeiten](#)
[- Los 9 Trockenbauarbeiten](#)
[- Los 10 Bodenbelagsarbeiten](#)
[- Los 11 Sportboden](#)
[- Los 12 Malerarbeiten](#)
[- Los 14 Heizung](#)
[- Los 15 Elektroarbeiten](#)
[- Los 16 Außenanlagen](#)
[- Los 17 Metallarbeiten \(Geländer,Treppe\)](#)
[- Los 18 Raffstoreelemente](#)
[- Los 19 Blitzschutz](#)

Besonders auch geeignet für KMU (gemäß EU-Empfehlung 2003/361/EG; kleinste, kleine und mittlere Unternehmen) [Ja](#)

Besonders auch geeignet für CPV-Code Hauptgegenstand [Selbstständige](#)
[45000000-7](#)

Planung und Ausführung

Veröffentlichung des Gesamtwertes

Geschätzter Gesamtwert (Netto) 2.092.667,33 €

Optionen

Optionen Nein

Vertragsverlängerung

Verlängerungen möglich Nein

Haupterfüllungsort

Postanschrift Wilhelm-Koenen-Straße 33
PLZ 06526
Ort Sangerhausen
Land Deutschland
NUTS-Code DEE0A

Laufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung

Laufzeit bzw. Dauer (ab Auftragsvergabe) Zeitraum
Beginn 19.10.2026
Ende 20.11.2027

Berücksichtigung nachhaltiger Aspekte

Die Auftragsvergabe fällt in den Anwendungsbereich des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes Nein

Energieeffizienz-Richtlinie

Die Energieeffizienz-Richtlinie (EED) findet Anwendung Nein

Fristen

BEZEICHNUNG	DATUM, GGF. UHRZEIT
Frist zur Einreichung von Aufklärungsfragen (u.a.)	14.07.2026
Ende der Angebotsfrist	21.07.2026 18:00 Uhr
Zuschlags-/Bindefrist	16.10.2026

Ausgewählte Ausnahmetatbestände Es liegt ein begründeter Fall vor, aufgrund dessen nach § 10a EU Abs. 8 VOB/A eine längere Bindefrist festgelegt wird. Trotzdem bleibt die Bindefrist angemessen. Der Termin für den Abschluss der Angebotsauswertung wird manuell angepasst.

Wertungsmethode der Vergabe

Wertungsmethode **Niedrigster Preis**

Lose

Die Vergabe ist nicht in Lose aufgeteilt.

Eignung/Bedingungen

Einzureichende Eignungsnachweise

Auf Anforderung der Vergabestelle vorzulegende Unterlagen

Bezeichnung	(elektronische) Urkalkulation
Bereich	Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Form	Mittels Eigenerklärung
Beschreibung	<p>Die Urkalkulation ist elektronisch in einer vor der Einsichtnahme Dritter geschützten Form (z. B. Passwort) oder in einem gesonderten verschlossenen Umschlag vor Auftragsvergabe (Zuschlag) einzureichen.</p> <p>Die Urkalkulation kann bei einem Nachtrag oder bei sonstigen zusätzlichen Vergütungsforderungen im Rahmen eines abgeschlossenen Vertrags zur Prüfung der Grundlagen der Preise eingesehen werden.</p> <p>Bei einer elektronischen Übermittlung der Urkalkulation (z. B. als GEAB), ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Zugangsdaten oder Freischaltungsmöglichkeiten der Datei zur Einsichtnahme, auf Anforderung der Vergabestelle, einzureichen bzw. zum Öffnungstermin der Urkalkulation bereitzustellen.</p> <p>Die papierhafte Übersendung der Urkalkulation hat in einem verschlossenen Umschlag mit der Aufschrift "Urkalkulation" sowie der Vergabenummer zu erfolgen.</p>

Bezeichnung	Nachweis einer Haftpflichtversicherung
Bereich	Berufliche Risikohaftpflichtversicherung
Form	Mittels Dritterklärung
Beschreibung	<p>Gültige Versicherungspolice (Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von mindestens 3.000.000 EUR im Gesamtjahr; Deckungssumme für Sach- und Sonstige Schäden in Höhe von mindestens 1.500.000 EUR im Gesamtjahr).</p> <p>Insofern eine bestehende Haftpflichtversicherung im geforderten Umfang nicht oder noch nicht besteht, kann diese durch die Vorlage einer Absichtserklärung (abgestellt auf die Bedingungen der Anforderung der Haftpflichtversicherung) (z. B. Versicherungsangebot) eines (1) Versicherungsinstitutes über die Versicherungsabsicht im Falle der Zuschlagserteilung für die Dauer des Auftrages, in geforderter Höhe erfolgen. Die abgeschlossene Versicherungspolice ist vom zum Zuschlag vorgesehenen Bieter vor Auftragserteilung, auf Anforderung der Vergabestelle, innerhalb von 5 Werktagen vorzulegen.</p>

Bezeichnung	Nachweis ordnungsgemäße Kalkulation
Bereich	Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Form	Mittels Eigenerklärung
Beschreibung	Gemäß § 15 (2) TVergG LSA hat der öffentliche Auftraggeber die Kalkulation des Angebotes zu prüfen, wenn ein Angebot, auf das der Zuschlag erteilt werden soll, um mindestens 10 % vom nächsthöheren Angebot abweicht.

Bezeichnung	Nachweis zu Arbeitskräften / Leitung (VOB)
Bereich	Durchschnittliche jährliche Belegschaft
Form	Mittels Eigenerklärung
Beschreibung	Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal (auch von Nachunternehmen).

Bezeichnung	Nachweis zur Mitgliedschaft Berufsgenossenschaft (VOB)
Bereich	Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Form	Mittels Dritterklärung

Beschreibung QUALIFIZIERTE Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für den AN zuständigen Versicherungsträgers mit Angaben der Lohnsummen (auch von Nachunternehmern).

Insofern aus der Bescheinigung kein Gültigkeitszeitraum hervor geht, darf zum Zeitpunkt der Angebotsöffnung oder zum Zeitpunkt der Anforderung, die entsprechende Bescheinigung NICHT ÄLTER ALS EIN JAHR sein.

Sofern bei dem eingereichten Dokument zweifelsfrei festzustellen ist, dass keine Änderungen oder Verfälschungen vorgenommen wurden, entfällt die Forderung zur Vorlage der Bescheinigung im Original.

Bezeichnung Nachweis zur Registereintragung (VOB)
Bereich Eintragung in das Handelsregister
Form Mittels Dritterklärung
Beschreibung Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer (auch von Nachunternehmern).

Bezeichnung Nachweis zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung (VOB)
Bereich Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen
Form Mittels Dritterklärung
Beschreibung Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen sowie Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG (auch von Nachunternehmern).

Insofern aus den Bescheinigungen kein Gültigkeitszeitraum hervor geht, darf zum Zeitpunkt der Anforderung, die entsprechende Bescheinigung NICHT ÄLTER ALS EIN JAHR sein.

Sofern bei dem eingereichten Dokument zweifelsfrei festzustellen ist, dass keine Änderungen oder Verfälschungen vorgenommen wurden, entfällt die Forderung zur Vorlage der Bescheinigung im Original.

Bezeichnung Nachweise über Leistungen, die mit der zu vergebenen Leistung vergleichbar sind (VOB)
Bereich Referenzen zu bestimmten Arbeiten
Form Mittels Dritterklärung
Beschreibung Drei bestätigte Referenznachweise vergleichbarer Leistungen der letzten fünf Jahre mit den nach FB 124 - Eigenerklärung zur Eignung - aufgeführten Mindestangaben - hilfsweise das beigefügte aber auszufüllende FB 444 - Referenzbescheinigung (auch von Nachunternehmern entsprechend übertragener Teilleistungen).

Insb. die Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung muss aus dem Dokument hervorgehen. Die Einreichung einer Referenzliste ohne die Bestätigung erfüllt nicht die Mindestanforderung an eine Referenzbescheinigung und kann daher im Rahmen der Eignungsprüfung nicht berücksichtigt werden.

Bedingungen für den Auftrag

Es werden Kautionen oder Sicherheiten gefordert Ja

Geforderte Kautionen und Sicherheiten Gem. § 9 c VOB/A i. V. m § 17 VOB/B (5% für Vertragserfüllung, sofern die Auftragssumme 250.000 EUR ohne Umsatzsteuer übersteigt; 3% für Mängelansprüche)

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften Gem. § 16 VOB/B und der Vertragsbedingungen bzw. -unterlagen

Eine Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, hat eine bestimmte Rechtsform anzunehmen Ja

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird Analog § 6 (3) Nr. 2 S. 2 EU VOB/A ist nach Zuschlagserteilung eine gesamtschuldnerisch haftende Rechtsform anzunehmen.

Sicherheitsüberprüfung ist erforderlich Nein

Die Verordnung über drittstaatliche Subventionen (EU) 2022/2560 findet gemäß Artikel 28 der Verordnung Anwendung auf dieses Vergabeverfahren Nein

Besondere Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Darlegung der besonderen Bedingungen keine

Verpflichtung zur Angabe des Namens und der beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind Nein

Vorbehaltene Aufträge

Sind die Aufträge vorbehalten? Nein

Bevorzugung

Auf eine Bevorzugung von Werkstätten für behinderte Menschen und Inklusionsbetriebe soll hingewiesen werden Nein

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlagen mit Teilnahmeantrag/ Angebotsabgabe gefordert war, werden teilweise nachgefordert

Zusätzliche Informationen zur Nachforderung Entsprechend den Regelungen des § 16 a VOB/A-EU. Die Nachreichung hat innerhalb von sechs Kalendertagen zu erfolgen.

Eignungskriterien der Vergabe

Es sind keine Kriterien vorhanden

Formale allgemeine Ausschlussgründe

Ausschlussgrund 'Rein nationale Ausschlussgründe'

Ausschlussgrund 'Bildung krimineller Vereinigungen'

Ausschlussgrund 'Bildung terroristischer Vereinigungen'

Ausschlussgrund 'Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung'

Ausschlussgrund 'Betrug oder Subventionsbetrug'

Ausschlussgrund 'Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung'

Ausschlussgrund 'Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung'

Ausschlussgrund 'Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben'

Ausschlussgrund 'Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen'

Ausschlussgrund 'Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen'

Ausschlussgrund 'Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen'

Ausschlussgrund 'Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen'

Ausschlussgrund 'Zahlungsunfähigkeit'

Ausschlussgrund 'Insolvenz'

Ausschlussgrund 'Einstellung der beruflichen Tätigkeit'

Ausschlussgrund 'Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren'

Ausschlussgrund 'Schwere Verfehlung'

Ausschlussgrund 'Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen'

Ausschlussgrund 'Interessenkonflikt'

Ausschlussgrund 'Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung'

Ausschlussgrund 'Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags'

Ausschlussgrund 'Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens'

Teilnahme-/Vergabeunterlagen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Elektronisch	Ja, mittels Vergabemarktplatz "DTVP"
URL zu den Auftragsunterlagen	https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YMBYTWAG0YP3/documents
Zugriff auf Auftragsunterlagen	Uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugriff, gebührenfrei, unter der oben genannten URL
Postalischer Versand	Nein
Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind.	Nein

Teilnahmeanträge/Angebote

Angebotsfrist

Datum und Uhrzeit	Dienstag 21. Juli 2026 18:00 Uhr
-------------------	----------------------------------

Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Es findet ein öffentlicher Eröffnungstermin mit Beteiligung der Bieter statt	Ja
Submissionsbeginn Zeitpunkt	Gemäß Fristen Dienstag 21. Juli 2026 18:00 Uhr
Angaben zu befugten Personen und das Öffnungsverfahren	Gem. § 14 (1) S. 1 VOB/A-EU wird die Öffnung der Angebote von mindestens zwei Vertretern des Auftraggebers durchgeführt. Bieter und ihre Bevollmächtigten sind nicht zur Öffnung der Angebote zugelassen.

Angebotsabgabe

Art der akzeptierten Angebote	Elektronisch in Textform
URL, unter der elektronische Angebote abgegeben werden können	https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YMBYTWAG0YP3

Weitere Anforderungen an Angebote

Elektronische Kataloge Nicht zulässig
Forderung von Proben und Mustern Nein

Elektronische Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt Nein

Besondere Anforderungen zu Unterauftragnehmern

Die Namen der Nachunternehmer sind bereits bei der Angebotsabgabe anzugeben. Ja

Mehrere Hauptangebote

Es sind mehrere Hauptangebote eines Bieters zugelassen Nein

Nebenangebote

Nebenangebote sind zugelassen Nein

Sprache(n)

Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können Deutsch

Verfahren/Sonstiges

Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags

Wiederkehrender Auftrag

Es handelt sich um einen wiederkehrenden Auftrag Nein

Mittel der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird Ja

Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt. Ja

Elektronische Rechnungsstellung Erlaubt

Die Zahlung erfolgt elektronisch. Ja

Sonstige Informationen

Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber

Vorliegend handelt es sich um die Durchführung einer Parallelausschreibung, um den Grundsatz der losweisen Vergabe und der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes in Einklang zu bringen.

Entsprechende Fachlose wurden gebildet und befinden sich zeitgleich in der Veröffentlichung.

Das Ermittlung der wirtschaftlichsten Auftragsvergabe erfolgt anhand der, den Vergabeunterlagen beigefügten, Bewertungsmatrix.

Die Angebotsabgabe hat anhand der in den Losen veröffentlichten Leistungsverzeichnissen sowie Anlagen und Pläne zu erfolgen.

Es gilt deutsches Recht.

Bevor Sie die Vergabeunterlagen bearbeiten, empfehlen wir Ihnen, sich als Unternehmen auf dem Vergabeportal "Deutsches Vergabeportal" (DTVP) kostenfrei zu registrieren bzw. sich mit der bereits bestehenden Kennung anzumelden. Wählen Sie dann im Verfahren den Button "Jetzt teilnehmen". Nur so ist gewährleistet, dass Sie evtl. ergänzende Informationen zum laufenden Verfahren über Bieterfragen / -antworten oder Änderungen der Vergabeunterlagen per E-Mail erhalten, die bei der Angebotserstellung noch zu berücksichtigen wären. Unterlassen Sie die Registrierung und Teilnahmeaktivierung, so liegt das daraus ergebene Risiko unvollständiger und veralteter Unterlagen bzw. verspäteter Informationen bei Ihnen

Auskünfte und Informationen zum laufenden Verfahren werden stets an die E-Mail-Adresse versandt, die Sie bei der Registrierung im Vergabeportal hinterlegt haben. Wir empfehlen Ihnen daher eine Registrierung mit einer zentralen E-Mail-Adresse bzw. Vertretungsberechtigung einzurichten. Änderungen oder Informationen, die im Angebot nicht berücksichtigt wurden, können zum Ausschluss des Angebotes führen.

Bei Fragen zur Bedienung des Vergabeportals wenden Sie sich bitte an das Deutsche Vergabeportal (DTVP).

Die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der Angebote ist bei der elektronischen Angebotsabgabe durch technische Vorrichtungen und durch Verschlüsselung sichergestellt. Die elektronischen Angebote werden dabei verschlüsselt gespeichert, mit einem elektronischen Eingangstempel versehen und können technisch von niemanden bis zum Ablauf der Angebotsfrist eingesehen werden.

Die Vergabeunterlagen einschließlich sämtlicher Anlagen dienen ausschließlich der Erstellung eines Angebotes für den öffentlichen Auftraggeber. Die Verwendung für andere Zwecke bedarf der Zustimmung. Sofern die Vergabeunterlagen nicht frei im Internet verfügbar sind, ist der Inhalt der Vergabeunterlagen vertraulich zu behandeln. Der Bieter hat aber auf jeden Fall - auch nach Beendigung der Angebotsphase - über die ihm während des Vergabeverfahrens bekanntgewordenen dienstlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Erstellung des Angebotes beschäftigten Mitarbeiter sowie einbezogenen Nachunternehmer und Lieferanten zu verpflichten.

Zur rechtssicheren Erfüllung der Textform bei der Abgabe eines elektronischen Angebotes, ist für eine wirksame Erklärung, bei juristischen Personen oder Handelsgesellschaften, die Angabe des Firmennamens und der Rechtsform bzw. der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, erforderlich.

Ihre personenbezogenen Daten werden auf Grundlage des Art. 6 (1) Satz 1 Buchst. b, 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 in der Stadt Sangerhausen im Bereich Vergabe von öffentlichen Aufträgen verarbeitet. Für weitere Aufklärung steht Ihnen das entsprechende Informationsschreiben in den Vergabeunterlagen zur Verfügung.

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen

Gem § 134 (1) GWB haben öffentliche Auftraggeber die Bieter, deren Angebot nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe Ihrer Nichtberücksichtigung und über den frühestens Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren.

Nach Absatz 2 darf ein Vertrag erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an.

Entsprechend § 135 (1) GWB ist ein öffentlicher Auftrag von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber gegen § 134 verstoßen hat (...) und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

Nach Absatz 2 kann die Unwirksamkeit nach Absatz 1 nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.